

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIII.

Leipzig, Dienstag den 14. Mai 1895.

№ 55.

Der große Buchdruckerstreik vor dem Deutschen Reichstage.

Am 6. Mai fand im Reichstage zwischen den Abgeordneten Bebel und Richter eine Auseinandersetzung großen Stiles über den bereits mehr denn drei Jahre hinter uns liegenden allgemeinen Ausstand zwecks Erzielung der neunstündigen Arbeitszeit statt. In Ansehung der über diese Bewegung sowie auch über den Gewerkschaftsverein der Buchdrucker vor den Vertretern des Landes und der Regierung geäußerten weittragenden Ansichten erfüllen wir gegen die Leser des Corr., die der Disput ja am nächsten berührt, durch die hiermit erfolgende Wiedergabe des amtlichen stenographischen Berichtes nur eine selbstverständliche Pflicht.

Der Zwischenfall entwickelte sich aus einer Rede des Abg. Richter.

Abg. Richter: Herr v. Elm hat geglaubt, einen besondern Ausfall gegen die Freisinnige Zeitung machen zu müssen. Ich schlage ihm die Waffe einfach aus der Hand, indem ich darauf hinweise, daß die Freisinnige Zeitung für den Dortmunder Streik der Arbeiter im Jahr 1889 eingetreten ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) — Nein, für die Buchdrucker nicht. Denn das ist der Unterschied von uns: die Sozialdemokraten raten zwar manchmal von vornherein von dem Streik ab, wie auch bei dem Buchdruckerstreik, wenn aber dann doch gestreift wird, halten sie sich für verpflichtet, die Streikenden zu unterstützen; wir dagegen mitleiden uns in Streiks nur ausnahmsweise, wenn Streiks ein allgemeines öffentliches Interesse beanspruchen. Den Buchdruckerstreik habe ich allerdings für einen frivolen vom Baune gebrochenen Streik erachtet, der den Buchdruckern Millionen gekostet hat und der in seinem Verlaufe bewiesen hat, wie sehr die Buchdrucker Unrecht gehabt haben, ihren sozialistischen Führern in den Streik hinein zu folgen. Die sozialistische Partei als solche hat ihn nicht eingeleitet, aber die Sozialisten, die im Verband an der Spitze standen, haben diesen Streik herbeigeführt.

Abg. Bebel: Meine Herren, wenn die beiden Voredner aus meiner Fraktion Veranlassung genommen hätten, auf einige Behauptungen des Herrn Abgeordneten Richter zurückzukommen, würde ich das Wort nicht ergriffen haben; so aber bin ich dazu gezwungen, weil ein Schweigen unsererseits als Zustimmung ausgelegt werden könnte — und das darf nicht geschehen. Der Herr Abgeordnete Richter hat im Laufe seiner kurzen Erklärung gegen einen meiner Gefinnungsgenossen die Behauptung ausgesprochen, der bekannte Buchdruckerstreik, der vor einigen Jahren in Deutschland stattgefunden hat und nach seiner Ansicht frivol war, sei anfangs zwar von der sozialdemokratischen Partei nicht gebilligt, nachher aber auf das kräftigste unterstützt worden; er behauptete ferner, daß die Leiter der deutschen Buchdrucker Angehörige, sogar Führer der sozialdemokratischen Partei seien. Was der Abgeordnete Richter über den Buchdruckerstreik denkt, ist seine Sache; darüber will ich mich heute mit ihm nicht auseinandersetzen. Daß er seinerzeit ein heftiger Gegner desselben war, mehr, als vielleicht von seinem politischen Standpunkte sich rechtfertigen ließ, ist leider eine anerkannte Thatsache und hat politisch seiner Partei nicht genützt. Unwahr ist aber und muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden, wenn der Herr Abgeordnete Richter behauptet, daß die damaligen Leiter des Buchdruckerstreiks Sozialdemokraten gewesen wären und anerkannte Führer der Sozialdemokratie. Nicht einer von den damaligen Führern des Buchdruckerstreiks gehörte zu den Führern der Sozialdemokratie. Wenn irgend einer deutschen Gewerkschaft nachgesagt werden kann, daß sie von seiten ihrer Führerschaft ängstlich davor behütet wird, daß innerhalb der Gewerkschaft nicht das geringste getrieben wird, was als politische Bethätigung aufgefaßt werden kann, so muß das von den deutschen Buchdruckern gesagt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit einer geradezu übertriebenen Ängstlichkeit haben nach meiner Auffassung die Leiter der Buchdrucker-Gewerkschaft zu aller und jeder Zeit

sich bemüht, irgend wie geartete politische Bethätigung aus ihrem Verbands fernzuhalten und die Führer — das betone ich noch einmal — sind bis heute als Sozialdemokraten nicht bekannt, auch öffentlich niemals als solche hervorgetreten, ja, es gibt sogar einige entschiedene Gegner der Sozialdemokratie darunter. Die Ursache des damaligen Streiks war bekanntlich die Forderung, daß die bestehende Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden herabgesetzt werde. Der Grund für diese Forderung war hauptsächlich, daß seit Jahren eine große Zahl Schmutzgeschäfte aufgefunden war, die förmliche Lehrlingszüchterei trieben; insolge dessen war ein ungemein großes Angebot von Arbeitskräften vorhanden, so daß sich auf die Dauer die verhältnismäßig günstigen Arbeitsbedingungen im Buchdrucker-Gewerbe nicht mehr aufrecht erhalten ließen. So verlangte man Verkürzung der Arbeitszeit, weil bei der Eigentümlichkeit des Buchdrucker-Gewerbes, in dem überwiegend noch die Handarbeit herrscht, es bei Verkürzung der Arbeitszeit möglich war, mehr Personen zu beschäftigen, dadurch die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg und es so möglich war, die bis dato bestehenden günstigen Arbeitsbedingungen aufrecht zu erhalten. Das Bestreben der deutschen Buchdrucker wurde von uns Sozialdemokraten als durchaus berechtigt anerkannt. Aber ich füge hinzu, daß eine Reihe ehrenwerter Firmen diese Bestrebungen ebenfalls als durchaus berechtigte anerkannten, weil sie sich sagten, daß auch sie auf die Dauer der durch die eben angeführten Thatsachen emporgewachsenen Schmutzkonturrenz nicht widerstehen könnten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine ganze Reihe Firmen, konserveartige wie zur Zentrumspartei gehörige, waren neben sozialdemokratischen bereit, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, vorausgesetzt, daß die große Mehrzahl der Buchdruckerereien — sie erklärten, sie könnten allein die Reform nicht einführen — beiträten. Das letztere geschah leider nicht und so war der Streik erfolglos. Nun hebe ich noch eins hervor: wir haben uns in den Streik nicht eingemischt, die Sache ging uns gar nichts an; nachdem aber der Streik ausgebrochen war, haben auch die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften die Buchdrucker nach Kräften unterstützt. Daraus kann man ihnen keinen Vorwurf machen; ich sage sogar: das gereicht diesen Gewerkschaften zu um so größerer Ehre, als der weitaus größte Teil ihrer Mitglieder unter Arbeits- und Lohnbedingungen steht, die weit schlechter sind als die der Buchdrucker waren: Zum Beispiele Schuhmacher, die wöchentlich 10, 12 M. Lohn verdienen, unterstützen diese Buchdrucker, die 20, 25, 30, ja selbst 40 M. die Woche bei kürzer Arbeitszeit verdienen, nach Kräften; das ist ein Ausdruck der Solidarität, der — das gebe ich zu — bei bürgerlichen Parteien kaum zu treffen ist; bei den Arbeitern ist es selbstverständlich. Die Arbeiter ohne Unterscheid der Partei hielten sich verpflichtet, für die Buchdrucker einzutreten. Ein Parteistreit war es aber nicht, mit der Sozialdemokratie hatte er absolut nichts zu thun.

Abg. Richter: Meine Herren, der ganze Buchdruckerstreik ist bloß durch einen Zwischenruf meiner Nachbarn hier zur Diskussion gezogen worden und steht in nur sehr losem Zusammenhang mit derselben. Ich will mich deshalb in der Entgegnung auf das Knappste beschränken. Zunächst will ich bemerken, daß ich persönlich keinerlei Interesse an diesem Streik hatte und daß auch meine Zeitung selbst keine Buchdrucker beschäftigt. Meine Herren, der Streik war ungerechtfertigt, weil nach den ganzen Verhältnissen des Gewerbes zu der Zeit, wo er unternommen wurde, es unmöglich war, nach meiner Ueberszeugung, den Arbeitnehmern weitere Konzessionen in großem Umfange zu machen. Thatsächlich haben sich damals die Arbeitgeber aber bereit erklärt, bis zu gewissen Grenzen entgegenzukommen und gewisse, allerdings vorhandene Mißstände zu beseitigen. Diese friedliche Vereinbarung, die noch möglich war, ist gescheitert und gestiftet worden durch das Auftreten der Führer in diesem Streik und durch die weitergehenden Forderungen, die von denselben gestellt worden sind. Das ist richtig: die Gewerkschaft der Buchdrucker hat sich jeder politischen Thätigkeit enthalten und hat sich auf die Forderung gewerkschaftlicher Interessen beschränkt; sie hat auch in dieser Beziehung große Verdienste, so daß es sehr zu bedauern ist, daß sie

durch diesen Streik allerdings in ihren Fonds und in ihren ganzen Einrichtungen erschüttert worden ist. Daß aber die Führer in dieser Gewerkschaft, nicht in ihrer Thätigkeit innerhalb der Gewerkschaft, sondern überhaupt, Sozialisten und von sozialistischen Ansichten überzeugt waren, ist mir durchaus klar geworden aus der sorgfältigen Lektüre des Correspondenten, des Organs dieser Gewerkschaft. Gerade in jener Zeit entsprechen alle jene Artikel zur Rechtfertigung des Streiks, alle Polemik darin, insbesondere auch gegen Ausführungen von meiner Seite, durchaus in allen Teilen lediglich sozialistischen Anschauungen. Durch diese falschen, sozialistischen Anschauungen irre geführt, hat man geglaubt, Erfolg erzielen zu können in diesem Streik und thatsächlich nur Mißerfolge geerntet. Meine Herren, ich habe vorhin schon gesagt, daß die sozialdemokratische Partei als solche diesen Streik nicht gewünscht hat und wahrscheinlich auch — es schäme damals so — abgeredet hat, ihn anzufangen; nachdem er aber ausgebrochen war — und das haben die Herren selbst zugegeben — haben sie ihn überall von Parteiwegen und aus Parteifonds, teilweise auch durch Darlehen usw. unterstützt. Von meinem Urteil über den Streik und die sozialdemokratische Parteiführung kann ich also nichts zurücknehmen. Daß die Führer in diesem Streik zu den Parteiführern der Sozialisten im engern Sinne gehören, die an der Spitze der sozialdemokratischen Organisation stehen, habe ich nicht behaupten wollen.

Die beiden Redner, dabei ein Mann, der als Lobkühn in der Zeit wo Sein der Richter des Buchdruckerverbandes auf dem Spiele stand, diesen bis aufs Messer bekämpfte, stimmen also darin überein, daß die Buchdrucker-Gewerkschaft von jeher und bis auf den heutigen Tag ganz ausschließlich rein materielle Aufgaben verfolgt, jederlei politische Nebenbestrebungen, die den Gewerkschaften einmal verboten und außerdem der Sammlung aller Berufsgenossen hinderlich sind, hingegen strengstens gemieden hat. Dieses unumwundene übereinstimmende Zeugnis ist für den Verband der Deutschen Buchdrucker höchst wertvoll. Seine anständigeren Gegner werden es respektieren. — Wer immer auch dem Verbands mit der inhumanen Nachrede, er treibe Politik, einen Schaden antun möchte — seine schamlose Kästereiung sollte vor dem Widerspruch Eugen Richters, der Verbandsstörer Ehrfurcht, gelähmt verkommen. Die mehrfachen Arten von Schlophanten, denen Herr Richter das üble Geschick verdorben hat, brauchen wir hier nicht eigens zu nennen.

Wie ist es nun mit dem übrigen Inhalte der Reden? Bei der Rede des Abg. Bebel wäre nur die Bitte anzubringen, die sozialdemokratischen Abgeordneten möchten sich sorgfältiger enthalten, im Reichstage oder in der Öffentlichkeit überhaupt so oft von den fast nur mathematischen 40 Mark-Löhnen der Buchdrucker zu sprechen. Im Zusammenhang der stenographischen Rede ist ja die betreffende Stelle viel ungefährlicher als in der Verballhornung der Zeitungsberichte, immerhin bleiben die Löhne von 40 Mark, die in vielen anderen Gewerben in gleicherweise seltenen Einzelfällen doch auch vorkommen, lieber gänzlich außer Betracht. Wie Buchdrucker spüren längst, welche Zugkraft im Publikum die Ueberschätzungen ausüben und nachdem die Arbeitslosigkeit, wie Abg. Bebel selbst bemerkte, im Buchdrucker-Gewerbe den höchsten Grad von allen Gewerben erreicht hat, müssen wir wünschen, nicht noch mehr durch die Legende von den hohen Löhnen in die Tinte zu geraten. Die letzte Verbandsstatistik führt ja ein hübsches Kontingent von Buchdrucker-Gehilfen an, deren Löhne weit unter 20 M. betragen und ebenfals bis auf 10 und 12 Mark, ja noch mehr heruntergehen, bei nicht kürzer Arbeitszeit als die der Schuhmacher ist. Die Buchdruckerbesitzer in Rheinland-Westfalen haben nachträglich ihrerseits eine Lohnstatistik aufgenommen und 20 Prozent Gehilfen mit Löhnen von unter 18 M. ermittelt! —

Ungleich zahlreichere Einwendungen als gegen Herrn Bebel sind gegen die Reden des Abg. Richters gegeben. Soweit er den Streik der Buchdrucker „frivol vom Baune gebrochen“ betitelt und in seinem Verlaufe den Beweis findet, daß die Buchdrucker „Unrecht thaten, ihren sozialistischen Führern in den Streik zu folgen“, steigt ja nur eine subjektive Aus-

lassung vor, die auf gleich sinniger Höhe steht wie die andre Richterliche Entscheidung, daß die Buchdrucker vom „Biertrinken und Tabakrauchen“ die Schwindelbrücken bekämpfen. Mit solch haltlosen Neuforderungen kann und braucht man nicht zu rechnen. Aber wenn Herr Richter jetzt wie vor nun fast vier Jahren diesen persönlich gehässigen Ton gegen die Buchdruckergehilfen anschlägt, so verusche er wenigstens nicht, den Leuten glauben zu machen, daß er kein persönliches Interesse an der Niederdrückung der Gehilfenforderungen gehabt habe. Mit wünschenswerter Klarheit ergab sein damaliges Gebahren, daß er als Zeitungsbesitzer auf die Seite der Prinzipale sich schlug. Wenn die freisinnige Zeitung, selbst keine Buchdrucker beschäftigt, so doch ihr Drucker. Herr Richter hätte diesem auf den Druckpreis für die neunstündige Arbeitszeit 10 Proz. drauflegen müssen und um dieser Mehrausgabe zu entgehen, darum setzte er Stein und Bein daran, unsere Arbeitslosen auf dem Pflaster zu erhalten. Daß Herr Richter ein überaus ökonomischer Druckauftraggeber ist, bewies sein bekannter Rat an einen Druckereibesitzer: „Stellen Sie doch Mädchen an“ (Seherinnen), und die freisinnige Zeitung stand vom ersten Tag ihres Erscheinens an unter dem Zeichen von Tarifkonflikten und mehrfachen Streiks: es legten sie Jahre hindurch unorganisierte Gehilfen, die gelegentlich der partiellen Streiks zu den von ihren Kollegen verschmähten Bedingungen zu arbeiten willig waren. Beweise genug für das hervorragend persönliche Interesse des Herrn Richter bei seinem Kreuzzuge wider die Neunstundenforderer.

Von einem Manne, der solcherart hart persönlich engagiert an einem Streit ist, kann man schlechterdings kein objektives Urteil in dem Streitpunkt erwarten und so nahm denn Herr Richter gleichfalls zu dem von der Buchdruckerprinzipalität angewendeten — vielleicht von ihm errienenen — Kniff seine Zuflucht, die Neunstundenbewegung dem gesamten Anglistbürgertum — dies ist nicht etwa ein sozialdemokratischer Ausdruck, sondern in der jüngsten Umhürungsdebatte von dem freisinnigen Herrn Dr. Barth gebraucht — als einen sozialdemokratischen Vorstoß zu denunzieren und damit waren zugleich die Regierung und die Behörden für Herrn Richters Partei — gewiß eine Seltenheit, allerdings nur seine Partei gegen den Streit — gewonnen. Zum Besse der Hebel der Zeitungsbesitzer Richter und Genossen wurden nun die armen Buchdruckergehilfen, vorab die Führer, in all ihrem Tun als Erz-Sozialdemokraten gebrandmarkt. Sollen wir Herrn Richter Namen nennen von in vorderster Reihe stehenden Streikführern fortschrittlicher Gesinnung?

Was bringt Herr Richter an konkreten Vorkhaltungen gegen die Gehilfen vor? Er sagt, der Streit war ungerecht, weil nach den ganzen Verhältnissen des Gewerbes zu der Zeit, wo er unternommen wurde, die Arbeitgeber unmöglich weitere Konzessionen in großem Umfang machen konnten. Die Arbeitgeber hätten sich bereit erklärt, bis zu gewissen Grenzen entgegenzukommen, allein die friedliche Vereinbarung scheiterte und wurde gestört durch das Auftreten der Streikführer und die von ihnen gestellten weitergehenden Forderungen. — In dieser Hinsicht befehlt Herr Richter die Leute über die Ursachen und die Genesnis des Kampfes — hält sie vor den Tatsachen Stand?

Wie Herr Richter zu der Wissenschaft gelangt ist, daß den Arbeitgebern weitere Konzessionen unmöglich waren, kann freilich nur er beantworten. Als maßgebend könnte sein Urteil bestenfalls gelten, wenn er etwa als Schiedsrichter in einem Einigungsamt der Wundtlassischen Systems fungiert und die Hör- und Widerrede beider Parteien nebst Einsicht in die Geschäftsbücher usw. vorurteilsfrei geprüft hätte. Dazu hätte er natürlich Unbeliebiger sein müssen. Ein aus dem Handgelenke geschüttelter Spruch von einer Person, die Partei ist, ist wertlos. Welche ungeheueren Konzessionen verlangten denn überhaupt die Gehilfen noch? Herr Richter bezieht sich auf die gebotenen Zugeständnisse. Nun wohl, 7 1/2 Proz. Lohn-erhöhung wollten die Herren Prinzipale gewähren, zwar unter den verzwülfelten Nebenbedingungen, aber da sie gewöhnlich diese beiseite lassen und nur die unerminderten 7 1/2 Proz. anführen, so folgen wir diesmal dem Beispiele. Nun, die Gehilfen stellten als äußerste Forderung: einhalbstündige Arbeitszeitverlängerung und dementsprechend im Berechnen fünfprozentige Preiszulage — nach Adam Nieze: Aufschlag 10 Prozent, Differenz 2 1/2 Prozent! Unendlich „weitergehende Forderung“, nicht wahr? Daran wären die Herren Buchdruckerbesitzer um so weniger zu grunde gegangen, als im Gegenzuge zu Herrn Richters Behauptung bei Ausbruch des Streiks einige hundert Firmen eine ganze Stunde Arbeitszeitverlängerung und 10 Proz. bewilligten und manche Firma heute noch ihren Gehilfen das Gewährte zur Hälfte oder vollständig zukommen läßt. Nein, nein, Herr Richter, die 2 1/2 Proz. waren durchaus gewöhnlich, allein der Wille mangelte Ihren geschäftlichen Parteinossen und zum Teile darum, weil sie sich in den „sozialistischen Vorstoß“ festgerannt hatten und nicht mehr gut zurück konnten, die Verlängerung der Arbeitszeit zuzugestehen, auf welche es den Gehilfen ein für allemal vornehmlich behufs Unterbringung der arbeitslosen Kollegen, wie Abg. Bebel zutreffend ausführte, unbedingt ankam.

Das „Auftreten der Streikführer“ war bis zum Streik- anbruche der Hoffnung auf Vereinbarung angemessen. Gerade in Berlin wurde nach erfolgter Kündigung von seiten der „Streikführer“ auf neue die Verständigung gesucht, sie zerfiel an dem Stillsitzen der Prinzipalsleitung. Diese wollte den Kampf. Herr

Richter bedauert vorgeblich die Erschütterung der Verbandsfonds: der Prinzipalsleitung war die Erschütterung der Verbandskasse ein Ziel, aufzinnigte zu wünschen. Im unbewachten Momente haben es die Herren verraten. Herr Richter sollte sich vom Kampfesfieber in den dreieinhalb Jahren genugsam abgekühlt haben und endlich der Wahrheit die Ehre geben, anerkennend, daß die Gehilfen durch systematische Entlassung von fünfshundert vorwiegend der ältesten ihrer Kollegen innerhalb von drei Wochen zum Auslande zwecks Verteidigung ihrer Organisation gezwungen worden sind. Die Gehilfen hatten nach Abbruch der Verhandlungen ausdrücklich erklärt, zu den alten Bedingungen weiter arbeiten zu wollen, vorbehaltlich der Einstellung der bereits vor den Verhandlungen begonnenen Maßregelungen — „Auftreten der Prinzipals-Streikführer“. Die Maßregelungen wurden wie gesagt nun in forciertem Maße fortgesetzt, um den Streit herbeizuführen. Auch sonstige Beweise für die absichtliche Provokation stehen in Menge zur Verfügung.

Doch wozu Herrn Richter befehlen? Will er klären? Kann er das Unrecht der Prinzipalspartei einsehen? Niemals, dazu hat ja gerade er zu sehr zum Kampfe gehetzt, er, der jetzt dem Auftreten der Streikführer schuld gibt, friedliche Verhandlungen vortreibt zu haben. Ein vollgerichtet und geschüttelt Maß der durch den Streik den Beteiligten erwachsenen Verluste darf dieser würdige Volksführer auf sein Konto setzen. Als nach vierwöchiger Dauer der Magistrats-Assessor Herr Dr. Freund in Berlin eine Konferenz der Prinzipale und Gehilfen zum Zweck einer Einigung in die Wege leiten wollte, was geschah da? Herr Eugen Richter in seiner Frei. Ztg. spie Gift und Galle über dieses Unterfangen, traktierte Herrn Dr. Freund mit einer Ladung von Grobheiten und verlangte, daß der Kampf fortwähre bis zur Verblutung der Gehilfen. Derselbe Herr Richter, der damit einen Hauptteil der Schuld an der Verlängerung des Streikes um sieben Wochen trug, „bedauert“ jetzt die Erschütterung der Gehilfenfonds“ und hängt den Streikführern Unfriedfertigkeit an!

Nach dem Gesagten beurteile die Richterliche Zeichnung der „Führer“. In ihrer Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaft treiben sie keine Politik, keinen Sozialismus, das räumt der Abgeordnete anständiglicherweise ein; mit einem gewissen verläumdnerischen Glitzer sich auf eine Bant zu setzen muß ihn natürlich grauen. Doch die Führer sind persönlich Sozialisten und von sozialistischen Ansichten überzeugt. Was in aller Welt kümmert nun aber schließlich Herrn Richter jemandes politischer Glaube — angenommen er hat Recht, was, wie Abg. Bebel gleichfalls gut unterrichtet hervorhob, gar nicht der Fall ist? Doch halt, der Sozialismus fand ja Herr Richter im Korrespondenten, als dessen eifrigen Leser er sich bekennt, in ausgeprägtester Weise vor. Nun, die Art, wie im Corr. und in den Buchdrucker- versammlungen der Neunstundentag verfochten wurde und noch wird, ist korrekt. Von der Einführung desselben wird, mit wenigen Worten gesagt, erwartet, daß erstens annähernd 10 von den 14 Prozent Arbeitsloser, die im Buchdruckgewerbe überzeugend statistisch festgestellt vorhanden sind, Untertommen finden; daß sich der Gesundheitszustand der Buchdruckergehilfen hebt, über den die Regierung nach dem Kreis Enqueten anstelle mit dem Ergebnisse, daß laut Ausweisen der Buchdrucker Ortskrankenkassen Deutschlands 45 bis 100 Prozent der Buchdrucker an der Schwindelbrücke leiden, und daß ferner ihr niedriges Durchschnittsalter erhöht werde. Weiter wird eine Entlastung der Gewerkschaften, die Eindämmung der Schmutzkonzurrenz und die strengere Aufrechterhaltung der vereinbarten Lohnsätze erhofft. Mit diesen an den Neunstundentag geknüpften Erwartungen motivierte der Corr. motivierte die Versammlungsredner die Forderung. Ist diese Argumentierung sozialistisch? Für Herrn Richter ja, für sonstwem ist sie nur logisch. Aber Herr Richter ist mit seinem öden Manchestertume, das er damals gegen das Begehren der Buchdrucker ausspielte, glücklicherweise vereinsamt. Seiner damals gepredigten Lehre, daß durch Verteuerung des Produktes die Nachfrage sinkt und das erzielte Ziel nicht erreicht würde, konnten die Gehilfen keine Beachtung schenken, weil die Erfahrung beweist, daß solcher Verteuerung eine Verbesserung in der Technik usw. auf dem Fuße folgt, welche die Verbrauchswendung schnellstens paralisirt. Sonst hätte bei den „steigenden Löhnen“ die Produktion längst verflümmern müssen, wohingegen sie doch an Ausdehnung fortlaufend ungeheuer gewann.

Hochachtbare Männer wie der Hofbuchdruckerbesitzer Herr Röser in Berlin und andere haben bei Ausbruch des Streiks die Berechtigung des Vorgehens der Gehilfen anerkannt. Größere Firmen haben den Neunstundentag bewilligt — sie alle haben Herrn Richter den Schmerz bereitet, das Tendenzmäßigen von dem sozialistischen Vorstoß als das zu betrachten was es ist. 5000 Gehilfen bekamen die Forderungen genehmigt.

Die Buchdruckergehilfen werden nach wie vor nach ihrem Geschmack und nicht nach dem des Abgeordneten für Hagen nach Erfolgen streben. So wenig wie Herr Richter der Corr. gerade damals gefiel — Herr Richter hatte reichlichen Anlaß zu dem Mißfallen — so enthusiastischen Beifall fand er gerade damals bei seinen Lesern, weder je vorher noch nachher hatte er eine ähnliche stürzende Wirkung. Herr Richter hat da den „sozialistischen Anschauungen“ eine recht unbedachte Schmeichelei ausgedrückt.

Wir wollen ihm aber gehehen, daß dieser Beifall viel mehr auf die resolute Art zurückzuführen war, wie der Corr. die Lücken der Gegner kreuzte, unter denen die freisinnige Presse sich besonders auszeichnete. Die Presse hatte befanntlich von der Prinzipalsführung Umweijung erhalten, Notizen über den Streik die Aufnahme zu verweigern, welche die Sache der Arbeitgeber schädigen könnten. Sie brachte dementsprechend fast ausnahmslos nur solche Nachrichten, wahre und meistens erlogene, die die Sache der Arbeitnehmer diskreditieren wollten. Und nach dieser zurechtgestuhten „öffentlichen Meinung“ beurteilt man uns Gehilfen!

Wer könnte nach alledem über unsern „Mißerfolg“ entzückt sein als Herr Richter selbst? Mit heiligem Bemühn wirt er hin auf denselben. Seies drum. Wir Gehilfen haben ihn verschmerzt, Herr Richter aber hat das Ansehen, das er und seine Partei infolge seiner Haltung damals verloren, noch nicht wieder zurückerobert und wird es nie! Er hat damals tausende vorurteilsloser Arbeiter, die es noch nicht waren, zu Sozialdemokraten umgewandelt. Die Buchdruckerorganisation ist heute finanziell und numerisch stärker als vor dem Neunstundentage, sie hat für den Neunstundentag ausgiebige Preise gelegt und — wie von Prinzipalsseite bestätigt ist — in tausend Druckereien, die bis dahin 10 1/2 und 11 Stunden arbeiten ließen, damals wenn gleich nicht den Neun-, so doch den Zehnshundentag durchgeführt. Aber ein betrübender Effekt blieb allerdings aus dem beiderseitigen Vernichtungskampfe zurück: die Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist jäh in die Weite. Und als Wahnzahlen, wie Unberufene nicht in wirtschaftliche Kompilte hineintrafeln sollen, stammt über dem angerichteten Unheil der Name des Herrn Abgeordneten Eugen Richter!

Korrespondenzen.

Enabrid. Von der Erwägung ausgehend, daß die massenhafte Heranbildung von Lehrlingen und die damit in Verbindung stehende Erzeugung eines großen Arbeitslosenheeres möglichst verhindert werden muß, hatten es unsere Mitglieder, besonders in den letzten Jahren, nicht an Bemühungen fehlen lassen, diesem Hauptübel unsers Gewerbes Einhalt zu thun, und wie an anderen Orten, so wurde auch hierorts in den Versammlungen viel Zeit auf die Lösung dieser wichtigen Frage verwendet. Als ein probates Mittel wurde besonders die Aufklärung der Schullehrer über die Zustände in unserm Berufe erachtet, und einige Vorstandsmitglieder setzten sich mit den ersteren auch diesbezüglich in Verbindung, was zur Folge hatte, daß die Zufuhr von „Kunsthilfen“ etwas nachließ. Zum Teile mag dieses auch der bessern Einsicht einiger Prinzipale gutzuschreiben sein. Doch machten wir die Rechnung ohne einige in sogenannten fetten Früchten befindliche Nichtmitglieder, die in dieser Beziehung andrer Ansicht zu sein scheinen und in völliger Unkenntnis der Verhältnisse für Nachwuchs im Gewerbe agitieren. Was kümmern diese nie einen Pfennig für ihre arbeitslosen Kollegen steuernden Herren die Bestrebungen auf Beseitigung der Auswüchse in unserm Berufe? Mißstimmung hat es hervorgerufen, daß neuer wiederum zwei dieser Herren ihre Söhne unserm Berufe zuführten. Unsere Mitglieder fragen sich, was nicht alle Agitation, auf Verminderung der Lehrlingszahl, wenn ihr Wirken in dieser Weise paralytisch wird? Vielleicht fürchten jene Herren, unserm Gewerbe könnte es an den nötigen Hilfskräften mangeln und glauben, Fortuna werde sich ihren Spröbheiten auch göttig erweisen und ihnen einst ebenfalls einträgliche und gesicherte Stellen zukommen lassen. Nachstehende am 1. Mai aufgenommene Statistik möge die hiesigen Verhältnisse nach erfolgter „Kompletierung“ der Druckereien näher veranschaulichen.

| Firma | Beschäftigt wurden | | Diervon sind | | Es erhalten | | Beschritte | |
|---------------|--------------------|----------|--------------|-------------|-------------|------------|------------|----------------|
| | Postoren | Arbeiter | im gen. Geb. | über Minim. | unter Min. | ausgesücht | eingesücht | a. B. v. v. v. |
| Rising | 1 | 17 | 21 | 15 | 6 | — | 1 | 1 |
| Liesche | 1 | 5 | 2 | 8 | 3 | 2 | 3 | 2 |
| Meinders & C. | 1 | 11 | 3 | 16 | 9 | 7 | 5 | 2 |
| Nolte | 1 | 9 | 11 | 1 | 10 | 7 | — | 4 |
| Presse | — | 2 | 1 | 3 | — | 3 | 1 | 1 |
| Unirs | — | 1 | 1 | — | 1 | — | — | — |
| Wehberg | — | 2 | 1 | 3 | — | 3 | — | 1 |

Sa.: 4 2 47 10 63 25 35 23 2 12 6 7 19
 Berechnet wird mit 30 Pf. Alphabet und 5 Proz. Aufschlag; Tabellenzettel teilweise nur mit 50 Proz. Aufschlag. Minimum 20,50 Mk. Das gewisse Geld beginnt mit 10 Mk. (Wehberg), ein Teil der über Minimum entlohten Gehilfen erhält nur 50 Pf. darüber (F. Nolte, A. Unirs). Von den 63 Gehilfen sind 30 Mitglieder; einige Aufnahmegesuche harren noch der Erledigung. — Gerügt sei auch an dieser Stelle der seit Anfang des Jahres eingetretene schwache Besuch der Versammlungen trotz wichtiger und interessanter Tagesordnungen. Die Schuld hieran ist bei einem Teile der Mitglieder auf Pessimismus oder Animosität zurückzuführen. Persönliche Nebenheiten, wie selbige besonders in der letzten Zeit unter den Kollegen einer hiesigen größern Druckerei vorkommen, dürfen nicht zum Schaden unsrer Sache ausarten; dieses geschieht jedoch, wenn sich der Unmut im Fernbleiben von den Versammlungen äußert, um dadurch dem kollegialen

Verkehr auszuweichen. Friede ernährt, Unfriede verzehrt. Mäße im Besuche der für das Vereinstreten und eine geordnete Geschäftsführung so wichtigen Versammlungen eine baldige Besserung eintreten.

Gotha, 5. Mai. Die am 30. April einberufene Monatsversammlung der hiesigen Mitgliedschaft zeigte das erste Mal in diesem Jahr einen etwas bessern Besuch auf, hatten sich doch zwanzig Mitglieder versammelt, was im Vergleiche zu den drei vorhergehenden Versammlungen in diesem Jahre (von fünfzehn, neun und fünf Mitgliedern besucht) schon eine stattliche Zahl ist, jedoch noch wenig genug im Verhältnisse der nahezu fünfzig Köpfe starken Mitgliedschaft. Anlaß zu dem etwas stärkern Besuche gab jedenfalls Punkt 4 der Tagesordnung: Aufhebung der Zahlung des Konditionslofenbeitrages aus der Ortskasse event. Steuererhöhung. Das schon seit längerer Zeit befürchtete ist nunmehr eingetreten, der Bestand der Ortskasse (5 Pf. Beitrag) ist dermaßen zusammengefallen, daß er in nächster Zeit voraussichtlich nur noch einem andern Zwecke, Zahlung einer Unterstützung von 50 Pf. für Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte, nachkommen kann. Sämtliche anwesenden Mitglieder waren der Ansicht, von einer Steuererhöhung von vornherein abzusehen. Ohne Debatte wurde der Antrag: „Mit Ablauf der Woche (4. Mai) den Konditionslofenbeitrag von 50 Pf. aus der Ortskasse aufzuheben“ einstimmig angenommen. — In ausführlicher und verständlicher Weise referierte Vorsitzender Wohlthar als Delegierter über den Gantag in Gera. Unter Verschiedenem interessierte eine längere Debatte, welche sich damit beschäftigte, wie ein besserer Versammlungsbesuch herbeizuführen wäre.

Kundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Die Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Vereins von Rheinland-Westfalen waren zusammen, um über den Wiederanschluß dieses Kreises an den Verein durch Anerkennung des 1893er Tarifs zu beraten. Bei dieser Gelegenheit wurde als Beweis ihrer „Loyalität“ eine von diesen Prinzipalen erhaltene Lohnstatistik über allerdings nur 339 berechnende und 1328 Gehilfsgehälter vorgelegt. 62 Proz. der letzteren erhalten danach über 21 Mk. und — wie die Herren sagen — „nur“ 20 Proz. unter 18 Mk. (Die zwischen 18 und 21 Mk., also ebenfalls unter Minimum entlohnten Gehilfen, lumpige 18 Proz., kommen weiter nicht in Betracht!) Herr Odenbourg aus München war als Gesandter des D. B. V. amweind. Den einseitlichen allgemeinen Tarif erklärte er zwar als eine der wichtigsten Grundlagen des D. B. V., gegenüber der „Friedensbedingung der Rheinländer, Orts- und -abläufe durch den Kreis regeln zu dürfen, gestand Herr Odenbourg, „er selbst neige jedoch der Ansicht zu, daß den einzelnen Kreisen ein Einfluß auf die Lohngestaltung gewährt werden müsse“. Herr Odenbourg ist also wohl für Gleichstellung des Leipziger Lokalschlages mit dem Hamburgs. Die Versammlung resolvierte schließlich, daß die in Rheinland-Westfalen gehaltenen Voten den gerechten Anforderungen entsprechen (!), „sie sei aber — ja recht vorsichtig! —, um den Wünschen des Vereinsvorstandes in der Form nachzukommen, bereit, den rheinisch-westfälischen Kollegen die Annahme des 93er Tarifs zu empfehlen“, sofern sie die tarifmäßigen Lohnsätze durch Zu- oder Abschläge den örtlichen Verhältnissen anpassen dürfen. Netzte Tarifanerkennung — die Tarifzerstörung. Immerhin wird das reuige Bekenntnis dem D. B. V. genügen, so daß der Wiederaufnahme dieses bisher „renitenten“ Kreises nun nichts mehr im Wege steht. Selbstverständlich sind alle dergleichen hegehrliche Prinzipalsbeschlüsse ohne die Duldung der Gehilfen gleich Null.

Der Jahresbericht des Gau's Frankfurt-Hessen für 1894 konstatirt zunächst eine Zunahme der Mitglieder um 57 — Zugang 243, Abgang 186, Mitgliederstand am Schlusse des Jahres 497 — und führt dann die am 15. Oktober angenommene Statistik auf, daran eine kurze Besprechung knüpfend. Die Gaukasse verausgabte im Berichtsjahr in Summa 1241,61 Mk., darunter 269 Mk. an Beiträgen für Arbeitslose. Vermögensbestand am Jahreschlusse 2905,01 Mk. Der Bezirk Frankfurt zahlte für Zwecke der Gesamt-Arbeiterchaft 177,70, für Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte 186,50 Mk., die Ortskasse Kassel für letztern Zweck 81,25, die Orts- und Bezirkskasse Marburg 33,50 Mk.

Täglich finden sich Gehilfen, welche durch Konditionen von längerer Dauer mit dem betr. Geschäft geradezu für immer sich verpacken glauben und die Humanität sowie das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht genug loben können, aber ebenso oft, bedauerlicherweise ohne rückwirkende Belehrung, wird dieses illusionäre Gebilde zerstört. Die durch ihren derzeitigen Besitz und dessen Hausordnung sattjam bekannte Firma J. B. Girshfeld in Leipzig hat den 32 Jahre „treu dienenden“ Obermaschinemeister ebenfalls aus diesem Wahne gerissen und demselben durch Entlassung Zeit gegeben, über die Vergänglichkeith von „Herrnengunst und Ballastentreu“ nachzudenken.

„Geübter zuverlässiger Seperlehrerling zur Anfertigung leichter Acctenz-Druckfaden auf Postmontagepresse in seiner freien Zeit gesucht“, so zu lesen in dem in den Händen eines ehrbaren Innungsmeisters befindlichen Leipziger Tageblatte. Bei der Aufnahme der Verfrägen werden unter zünftigen Zeremoniell Neben gehalten, die — wenigstens die Männerchen — „auf die jugendlichen Gemüther einen erhebenden Eindruck machen“, nachher aber

tritt der Gott „Profit“ in seine Rechte und es verschlägt der Innung nichts, wenn eines ihrer Mitglieder in seiner Zeitung Gelegenheit zur Verfrägenausbeutung in der höchsten Potenz bietet.

Die Wochmannsche Buchdruckerei in Dresden, in welcher die Herstellung des der Dr. Güntzischen Stiftung gehörigen Dresdener Anzeigers erfolgt, ist von dem Besitzer Wihl. Clemens Wochmann an die genannte Stiftung identungsweise abgetreten worden mit der Beschränkung, daß die Erben des Dr. Güntz von den Erträgen der Druckerei ausgeschlossen sind.

Der im Inzeratenteil der heutigen Nummer angezeigte „Buchdruckermarsch“ für Pianoforte vom Kollegen Emil Schubert dürfte für die große Zahl der musiktreibenden Kollegen eine sehr willkommene Neuigkeit sein. Wie wir uns selbst überzeugt haben, ist derselbe, ohne Schwierigkeiten in die Hände zu bringen, von guter Melodik. Die dem Trio zu Grunde gelegte und jedem Buchdrucker bekannte Weise „Stoht an, Typographia soll leben“ wird dazu beitragen, daß der Buchdruckermarsch bei vielen Festlichkeiten unter Kollegen erklingen wird. Wie wir aus einem uns vorliegenden Programm ersehen, ist derselbe auch schon für Orchester bearbeitet. Wir glauben den Marsch mit gutem Gewissen empfehlen zu können.

Zum Kapitel „Gerichtshand der Presse“ liefern die Beschlagnahmen der Mat-Festnummer und des Wahren Jakob wieder einige recht sonderbare Belege. Die erstere erfolgte von Berlin aus, wo die Nummer erschienen war, die zweite dagegen von Breslau aus, während die Zeitschrift in Stuttgart erscheint, und die Stuttgarter Behörde nahm auf telegraphische Anweisung aus Breslau ebenfalls die Beschlagnahme vor. In Württemberg soll die Strafverfolgung abgelehnt worden sein — wird sie nun in Breslau eingeleitet werden? Die Mat-Festnummer wurde in Berlin wieder freigegeben, da das Landgericht die Anschuldigungen nicht für sachhaltig erkannte, aber in Frankfurt a. M., wo auf Anweisung von Berlin aus die Beschlagnahme erfolgte, wurde die Freigabe vom Landgerichte verweigert, weil dieses den Habbestand des Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuches gefunden zu haben glaubt. Wer hat nun recht? Und dürfen die freigegebenen Exemplare verbreitet werden oder nicht? Das sind unhaltbare Zustände, die dringend einer Aenderung bedürfen.

Verurteilt der Redakteur der Neuen Zürcher Zeitung, Paul Köhre zu sechs Wochen Gefängnis wegen Beleidigung eines dortigen Stadtrates in drei Fällen. Der Redakteur der Hofarbeiter-Zeitung Köhse zu 150 Mk. wegen Beleidigung der Hamburger Polizei, der Einsender des Artikels zu einem Monate Gefängnis. Der Redakteur der Deutschen Berg- und Güttenarbeiter-Zeitung legte die Redaktion am 1. Mai nieder, um auf sieben Monate das Gefängnis zu beziehen, mit dem er schon hinreichend Bekanntheit gemacht, da er das ganze Jahr 1893 hinter Gefängnismauern verbrachte. Drei Anklagen schweben noch. Der Schriftsteller Oskar Pantzka wurde in München wegen Gotteslästerung und wegen Vergehens gegen die Religion in 99 Fällen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Die Straftaten hat man in dem von ihm verfaßten Buche „Das Liebeskonzil“ gefunden.

In Oesterreich erhielten im ersten Quartal 1895 375 Reisende für 1652 Tage 990,60 fl. und 160 Arbeitslose am Orte für 3320 Tage 1992 fl. Unterstützung. Durch Arbeitslosigkeit gingen demnach 4972 Arbeitstage verloren, diese Ziffer durch 75 (Zahl der Arbeitstage im Vierteljahre) dividiert ergibt 66 ständig Arbeitslose. Ausgesteuerte Mitglieder gab es 61, die 1376 Tage, noch nicht bezugsberechtigte 123, die 2790 Tage arbeitslos waren, wodurch sich die Zahl der ständig Arbeitslosen auf 122—2,17 Proz. der durchschnittlichen Mitgliederzahl erhöht.

Laibach wurde an den Oesterreichern wie aus den Zeitungen bekannt von einem Erbbehen heimgeführt, welches mehr als 6000 Einwohner obdachsen gemacht hat. Von den 82 Buchdruckern der unglücklichen Stadt können nur zehn in ihren Behausungen verbleiben, während die übrigen, allen Unbillen der Witterung ausgesetzt, in Baracken, Zelten und öffentlichen Gebäuden Unterkunft finden müssen. Die Lebensmittel sind im Preise gestiegen, aber die Arbeiter bekommen von den eingelaufenen Spenden das wenigste. Die österreichischen Buchdrucker eröffnen eine Sammlung für die ins Elend gestürzten Familien ihrer Laibacher Kollegen.

In Weinsfelden, Schweiz, legten die Kollegen der Buchdrucker Schläpfer die Arbeit nieder, weil derselbe sein gegebenes Wort, Seperinnen nicht mehr zu beschäftigen, nicht hielt.

Die Lohnbewegung in Dänemark ist zu einem glücklichen Ende geblieben. Sie begann vor nicht ganz einem Vierteljahr und heute ist der Tarif im ganzen Lande durchgeführt. Nur in neun kleineren Landstädten sind die Forderungen von den Prinzipalen nicht bewilligt worden, deshalb ist der Zugang noch verboten. In diesen Städten freiten 21 Gehilfen. Die Provinzialkollegen Dänemarks haben bei der Bewegung eine besonders anerkennenswerte Einigkeit bewiesen und namentlich ihnen ist es zu danken, daß gegenwärtig in Dänemark geordnete Arbeitsverhältnisse herrschen. Es ist dies umso mehr anzuerkennen, als es die erste Lohnbewegung war, die die Provinzialtypographen durchmachten. Sie dürfte auch der großen Schmutzkuren, die bisher unter den Provinzialprinzipalen herrschte, ein Ende bereitet haben. Trotz des anfänglichen Widerstandes der Prinzipale gegen alles, was nach Tarif roch, konnte doch die Bewegung im großen

und ganzen friedlich durchgeführt werden. Die Prinzipale rechneten eben aus, daß ein Streit noch mehr koste als die Lohnerhöhung. Es ist am Ende nicht sehr viel, was die Gehilfen erwiderten: aber der Kernpunkt dieser Bewegung liegt nicht so sehr darin, was die Gehilfen forderten, sondern daß sie forderten, einzig zusammenstanden und ihre Wuthie für immer wegwarfen. Mindestens sind Arbeitzeit und Löhne im ganzen Land einheitlich geregelt.

In den schwedischen Städten Venersborg und Uddevalla gingen die Gehilfen aus dem Kampfe um Anerkennung ihres Tarifes mit einem vollständigen Siege hervor; sämtliche Druckereien nahmen den vorgelegten Tarif an.

Der finnländische Generalgouverneur hat den Statuten des finnländischen Typographen-Bundes trotz vorheriger fenatlicher Sanktion die Genehmigung verweigert. Eine Kritik dieser behördlichen Maßnahmen, welche sich das dortige Fachorgan Gutenberg erlaubte, verfiel zum größten Teile der Zensur. Stumm-Karborisches Chiffum! (Siehe Arbeiterbewegung.)

Die Londoner Sepergesellschaft ist infolge einer Abstimmung, ob die Subskriptionsbeiträge wöchentlich um 1 Mark erhöht werden sollen, zu dem bedauerlichen Entschlusse gekommen, ihre umfangreiche Bibliothek zu schließen. Eine beträchtliche Anzahl Bücher werden dem St. Bride Institut einverleibt werden. Vezgenanntes Institut ist eine Fachschule für unsern Berufszweig. — Die Londoner Korrektor-Association hat gegenwärtig kein einziges beschäftigungsloses Mitglied. Als unlängst beim Sekretär der Gesellschaft wegen Besetzung einer vakanten Stelle angefragt wurde, mußte derselbe rundweg erklären, daß er nicht einen Korrektor „auf Lager“ habe. — Die Schmelztiegel der Linotype müssen auf sanitätsbehördliche Anordnung mit Deckeln versehen werden. Zahlreiche Erkrankungen der Maschinenseher veranlaßten diese Bestimmung. — Der Prinz von Wales soll einem Festmahl zu gunsten der Krankenkasse des Sepervereins präsidieren. Frach der Besucher, keine Damen und Dauer des Essens und der Reden nicht über eine Stunde sind die prinzipialen Bedingungen, als Anziehungsmittel zu dienen.

Die Japaner machen als Buchdrucker erhebliche Fortschritte. Die Firma Marinoni hat nach und nach für Zeitungen in Tokio, Osaka und Yokohama elf Notationsmaschinen geliefert. Die Notationsmaschine hat also gleichsam den Krieg gewonnen. In China war die Einführung von Maschinen bisher verboten.

Industrie und Gewerbe.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ging ein Gesetzentwurf zu betreffend Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern und gering besoldeten Staatsbeamten. Es werden für diesen Zweck 5 Millionen Mark beantragt, für welche Summe Wohnhäuser errichtet resp. Bauprämien und Baudarlehen gewährt werden sollen.

Die Tabakfabriksteuer wirft — für die Arbeiter — ihre Schatten voraus. Die Tabakfabrikanten Halberstatts haben vorläufig auf drei Wochen die Arbeitszeit herabgesetzt, so daß die längste Arbeitszeit 7 Stunden, die kürzeste 6 1/2 Stunden beträgt und der damit verbundene Lohn erreicht die Höhe von — 7 bis 8 Mk. Gleichzeitig beabsichtigen die Herren Unternehmer, der Tabakfabrikorganisation damit ein auszuweichen. Ob als Produzent oder als Konsument: immer muß der Arbeiter die Kosten für die „wohlgemeinten“ und „wohlthuernden“ gesellschaftlichen Einrichtungen tragen.

Landfriedensbruch sollten Bergarbeiter begangen haben, die im Jahr 1892 unter allerlei Vorspiegelungen durch Agenten aus Waldenburg i. Schl. nach Schenken-dorf bei Königswusterhausen gelockt worden waren und, da von den Berporderungen keine in Erfüllung ging, die Arbeitsbedingungen überhaupt kaum menschenwürdig waren, dem Direktor vor das Quartier rüden. Es war ihnen von den Agenten ein Blatt Papier vorgelegt worden, das sie (im ganzen gingen 72 auf den Leim) unterschreiben mußten; daß auf der Rückseite ein Berpflüchtungsvertrag stand, das erfuhren sie erst, als man sich an Ort und Stelle leitens der Beamten auf diesen Vertrag berief. Daß es bei der Auseinandersetzung über diesen Schwindel etwas verb herging, ist ganz selbstverständlich und um so verwunderlicher, daß bereits im Oktober vorigen Jahres einige der Vergeleute zu vier bis fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilt worden sind. Dieser Tage standen weitere sieben Mann vor dem Schwurgericht in Berlin, wurden aber freigesprochen.

Zur Arbeiterwohnung einer Fabrik in Dunsiedel gehört als Aneinanderbau eine eiserne Bettstelle mit Ceegrasmatratze und einem mit Flugwolle gefüllten Oberbett, Gegenstände, die für 20,50 Mk. in 14 tägigen Teilzahlungen eigentümlich erworben werden können. In anderthalb Jahren sind die „Betten“ nicht mehr frisch überzogen worden und da die Fabrik dank ihrer Behandlung der Arbeiter ein Taubenschlag ist, so fielen sich der Gäste viele in dem „Pflüht“ und kommen gewöhnlich mit Ungeziefer und Krätze heraus. Dem Krankenhause und dem Unternehmer ist die Lagerstätte eine wahre Goldgrube. Nun spottete ein Deutscher über „polnische Wirtschaft!“ Der Direktor eines Leipziger Privattheaters bejähigte eine Schaufpielerin des Kontraktbruchs. Diese motiviert nun ihren Abgang damit, daß der Herr Direktor ihr die Gage in Biermarken auszahlen wollte, die in dem ihm gehörigen Restaurant zu verausgaben seien. Eine recht nette Zumutung!

Eine in Leipzig abgehaltene Versammlung von Vertretern des nordwestböhmischen Kohlenreviers erklärte die Forderung der Achtstundenschicht in Rücksicht auf die gegenwärtigen Produktions- und Abfahrtsverhältnisse für unannehmbar.

In Kopenhagen wurde ein Deutscher Namens Hertich in Haft genommen, der als Direktor einer großen Fabrik in Gemeinschaft mit dem Kassierer nach und nach 85000 Kronen unterschlagen hat. In den Büchern hatten die Arbeiter einen annehmbaren Verdienst, aber die beiden Verteidiger des Eigentumes stellten, wie obengenannte Summe zeigt, einen erheblichen Teil davon in die eignen Taschen. Der Kassierer entzog sich der Blamage durch Selbstmord.

Berlin, Kassen usw.

Nachdem vom Antrag Auer u. Gen., betreffend die reichsgerichtliche Regelung des Versammlungs- und Vereinigungsrechts, in zweiter Lesung der Reichstag die §§ 1 und 2 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt hatte, wurde der Rest als aussichtslos von den Antragstellern zurückgezogen.

In Magdeburg hielt die Polizei eine Beschwerdekommision in Gewerbeangelegenheiten für einen Verein, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt und forberte von dem „Vorsteher“ Statuten und Mitgliederliste. Das Schöffengericht wies aber die Polizei ab, weil ein Verein die Erwerbung der Mitgliedschaft voraussetze, was hier nicht der Fall sei. Und wo kein Verein, da gibt es auch keinen Vorsteher, keine Statuten und Mitgliederliste, die eingereicht werden könnten.

Die Amtshauptmannschaft Pirna hat den sozialdemokratischen Verein für den achten sächsischen Reichstagswahlkreis aufgelöst, weil ihr die verlangte Mitgliederliste vorenthalten wurde. Der Verein hat seinen Sitz in Pirna und die vorgelegte Behörde ist daher der Stadtrat daselbst, bei ihm feinerzeit auch die Liste eingereicht worden. Daß verschiedene Behörden die Mitgliederliste verlangen können, davon schreibt das Gesetz nichts.

In Berlin wurde eine Versammlung aufgelöst, weil dieselbe auf zwanzig Minuten vertagt worden war und der überwachende Beamte in der wieder eröffneten Versammlung durchaus eine neue, nicht angemeldete erblicken wollte. Nach dem Gesetze kann eine Versammlung auf eine Stunde vertagt werden.

Arbeiterbewegung.

Welchen Zwecken die Umsturzvorlage vor allem dienen soll, hat der Abg. Kardorff am 8. Mai im Reichstag ungeniert verraten: Sie soll die Arbeitgeber gegen frivole Ansprüche schützen. Da nun nach Eugen Richter schon der 1891er Buchdruckerstreik frivol vom Zaune gebrochen war und die bürgerliche Presse überhaupt über jede Arbeiterforderung sofort den Stab bricht, so kann man sich ungefähr einen Begriff von den gewerkschaftlichen Zuständen unter einem solchen Gesetze machen. Hier stellt es sich wieder evident heraus, wie sehr die politische Bewegung der Arbeiter zur Bewahrung der Koalitionsfreiheit erforderlich ist. Sobald die Arbeiter als politischer Machtfaktor es nicht hindern, strichen ihre wirtschaftlichen Gegner das Koalitionsrecht ohne Federlesen aus dem Gesetzbuche.

In den verschiedenen Landtagen ist die Sozialdemokratie wie folgt vertreten: In Sachsen durch vierzehn Abgeordnete bei 82 Mitgliedern, in Bayern durch fünf, in Sachsen-Altenburg durch vier, in Baden, Hessen und Rußl. v. durch je drei, in Württemberg durch zwei, in Weimar, Gotha, Meiningen und Rudolstadt durch je einen Abgeordneten.

Im Monat April wurde von den Gerichten wegen politischer Vergehen auf 3448 M. Geld- und 2 Jahre 9 Monate 3 Wochen 1 Tag Gefängnisstrafe erkannt.

In St. Adelheid (Neuß) streifen die Textilarbeiter der Firma Schulz & Co. infolge Kürzung der Löhne auf 7 bis 10 M. wöchentlich, in Berlin die Korbmacher der Firma Neumann wegen Lohnminderungen, in Nordhausen 2000 Stückerarbeiter der dortigen Schuhfabriken wegen der Fabrikordnung, in Osterwieck die Juristen und Dollherer der Lederveranfabrik von Knabe wegen Maßregelung eines Kollegen.

Die Waler in Rosenheim setzten durch Zusammenhalt die neunstündige Arbeitszeit durch. Der Streik der Ansparker in Schmöln ist beendet, wie es scheint nur auf Grund von Berisprechungen, die nicht gehalten zu werden pflegen.

Der Maurerstreik in Basel, an dem 2400 Mann beteiligt waren, ist beendet. Die Maurer erhalten 4,50 Fr. Mindestlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit.

Der Streik der Steinmehnen in Budapest ist infolge Zuganges von Arbeitern aus Italien und Währen zu ungunsten der Arbeiter beendet. Ein Streik der Bergarbeiter in Saigo-Targan dauerte nur drei Tage, dagegen wird jetzt im nordungarischen Kohlenrevier gestreikt.

Die Dunitzgesellschaft in Paris glaubt die Nachgiebigkeit der Arbeiter noch weiter auf die Probe stellen zu müssen, sie entließ über 200, die während des Streiks sich hervorgethan und bestrafte weitere 150 durch Lohnherabsetzung. Da wird es wohl nun einen neuen Streik geben.

In den Steinbrüchen im Hennegau streifen 2000 Steinbrecher, im großen Eisenwerke von Godwill 300 Arbeiter. Der Ausstand der Knüpfarbeiter in den Spinnereien zu Serviers währt seit vier Wochen. Die Unternehmer drohten mit Schließung der Fabriken. Infolge

dieser Drohung hat sich ein Teil der Streikenden an scheinend einschüchtern lassen, da die Wiederaufnahme der Arbeit seitens „eines großen Teiles“ gemeldet wird.

Der Ausstand in den Steinbrüchen von Craufines (Belgien) ist nach vierwöchentlicher Dauer durch Vergleich beendet.

In Monza, Italien, streifen 500 Maurer um einen Mindestlohn von 27 Cent., in Loffo 100 Seiden Spinnerinnen um Herabsetzung der Arbeitszeit von 13 auf 12 Stunden.

In Chicago legten 4500 Arbeiter eines Stahlwerkes wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeit nieder. Zusammenstöße mit der Polizei hatten zur Folge, daß einer der Streikenden tot auf dem Plage blieb, während eine große Anzahl verwundet wurden. Auch die Polizei ging dabei nicht leer aus.

Verstorbene.

Am 1. April 1895 ist die Zahl der Altersrentner in Deutschland auf 250992, die der Invalidenrentner auf 115111 gestiegen.

Der Abgang einheimischer Arbeiter durch Sachsendüngerei im Jahr 1894 betrug in Preußen 82827: Landwirtschaft 39497 männliche und 39028 weibliche, Industrie 3324 m. und 694 w., Bergbau 284 m. und 36 w. Arbeiter. Hierzu kommen 2867 m. und 1265 w. Arbeiter, die ausgewandert sind, demnach Abgang in Summa 68959 gegen 96382 im Vorjahre. Der Zugang von Arbeitern aus Rußland betrug 14774 m. und 9435 w., aus Oesterreich 2085 m. und 1351 w. Arbeiter, in Summa 27645 gegen 23352 im Vorjahre. Der Abgang übertrifft den Zugang um 59314, ein Beweis, daß es in Ostpreußen, das hauptsächlich in betracht kommt, betreffs der Arbeitsbedingungen sehr schlecht aussehn muß und daß es daher kein Wunder ist, wenn man dort fortwährend über Arbeitermangel klagt. Den dort dominierenden Junkern kann man nur zurufen: Bessert Euch, dann wird es besser!

Unter Zustimmung der Regierung beschloß der Gemeinderat in Stuttgart die Aufhebung des Volksschulgeldes vom 1. Mai 1895 ab.

In einer kleinen Stadt im Regierungsbezirk Trier wurde ein Wirt mit einem polizeilichen Strafmandate bedacht, weil er Arbeitern an Wertagen das Regelschloß gestohlet hatte. Schöffens- und Landgericht hielten die Beurteilung aufrecht, das Kammergericht dagegen hob das Urteil auf, weil die Polizeiverordnung nicht in der ortsbüchlichen Weise (unter Trommelschlag) bekannt gemacht, im übrigen gegen die Gewerbeordnung und das Gesetz über die Polizeiverwaltung verstoße und nur im Interesse der Arbeitgeber erlassen worden sei, während Polizeiverordnungen nur im allgemeinen Interesse zu erlassen wären.

Geborben.

In Neubrück a. W. (Posen) am 30. April der Segeer Fritz Lau, 22 Jahre alt — Lungenchwindsucht.

In Brandenburg a. H. am 7. Mai der Segeerinvalid Heinrich Wichmann aus Leer (Ostfriesland), 41 Jahre alt — Lungenvereiterung. W. war längere Zeit Vorsitzender des Bezirkes Brandenburg und mehrere male Gaatagsdelegierter im Obergau.

Briefkasten.

K. in Kempten: Sie haben recht, daß der Verteidiger dieser Firma und ihrer Leute nichts widerlegt. Darum ist auch die Replik überflüssig. Daß er die Lobhudelei überhört hat und nun gegenüber dem Vorhalt auf eine andre Sache münzt, stellen wir fest. Auch sei herausgehoben, daß Sie jederzeit bereit sind, den Herren die Möglichkeit des Verbandes zu beweisen, sobald sie von ihrem Chef den Erlaubnischein haben, eine Versammlung besuchen und Sie anhören zu dürfen. — V. in München: Bon 1891 fehlen 19, von 1892 16 Nummern. — G. in Dessau: 34 Pf. — K. in Weimern: Für den Druck: Hilfsbuch für Maschinenmeister 8 M., für Accidenzjag: Fischer, geb. 10 M. Sonst auch Frantes Handbuch (4 M.) oder Frantes Kateschismus (2,50 M.), letztere beiden für Spezialzwecke nicht geeignet. — R. in Lübeck: Bis vor etwa zwei Jahren war er es nicht, ob jetzt das ist uns nicht bekannt.

Verbandsnachrichten.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Freiburg i. B. der Segeer Paul Kubis, geb. in Kattowitz i. O.-Schl. 1864, ausgl. in Ratibor 1881; war schon Mitglied. — C. Ebbe, Laubers Buchdrucker.

In Gollnow (Mecklenb.) der Segeer Gust. Neubauer, geb. in Gollnow i. P. 1873, ausgl. das. 1892; war noch nicht Mitglied. — A. Waite, Schwerin i. M., M. Moor 1.

In Schwab.-Gmünd der Segeer Eugen Wenger, geb. in Dürrenwald 1874, ausgl. in Königshofen in Bayern 1891; war noch nicht Mitglied. — K. Knie in Stuttgart, Hohenstraße 37, Hths. I.

In Straßburg i. E. die Segeer 1. Friedr. Wilhelm Theodor Arnold, geb. 1871, ausgl. in Leipzig 1890; 2. Restor Schweighäuser, geb. 1858, ausgl. in Straßburg 1876; waren schon Mitglieder; 3. Paul Magnus, geb. in Straßburg 1865, ausgl. 1884; 4. Jos. Zeit, geb. in Straßburg 1876, ausgl. das. 1891; waren noch nicht Mitglieder. — Wilh. Friedrich, Straßburg-Neudorf, Colmarer Straße 13.

Verein Leipziger Buchdrucker- u. Schriftgießergehilfen.

Freitag den 17. Mai, abends 1/9 Uhr, in beiden Sälen der Flora, Windmühlenstraße, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. 2. Vortrag des Herrn Redakteurs S. Kapfenstein. 3. Beschlußfassung über Abhaltung des Johannisfestes. 4. Fragekasten.

Dreigekaltene Jette 25 Pf., Strecken-Angehör, Gesuche und Vereins-Anzeigen bei direkter Zusendung 10 Pf.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Aufnahme zu entrichten. Offerten ist freimächtig zur Weiterbeförderung beizufügen.

Für Schriftgießer

Tüchtiger Hühneholder, der mit dem Zurichten des Gießinstrumentes vollständig vertraut ist, findet dauernde Kondition. Offerten mit Gehaltsanprüchen unter X. 458 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bei Papierbedarf

Proben zu verlangen vom Fabrik-Papierlager Berth. Slegismund Leipzig Stephanstrasse 16. [377] Berlin SW Beuthstrasse 4.



In allen Buchdruckerei-Utensilien hält grosses Lager. — Komplette Druckerei-Einrichtungen. Heinrich Ziegler Stuttgart, Weimarstrasse 38.

ypogr. Gesellschaft zu Leipzig. Donnerstag den 16. Mai, abends 1/9 Uhr. Vortrag: hervorragende Druck-Erzeugnisse der Neuzeit. — Aufnahme. — Geschäftliches. — Ausstellung. — Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Bringe den Herren Kollegen zum bevorstehenden Johannisfeste den so beliebt gewordenen und den Buchdrucker gewidmeten

Buchdrucker-Marsch

(für Klavier zu zwei Händen) in empfehlende Erinnerung. Bei Einsendung des Betrages von 0,75 M. freie Zusendung. Bei Abnahme von sechs Exemplaren eines gratis.

Emil Schubert

424] Bielefeld, Obernthorwall 18, Bielefeld.

Liedertafel Gutenberg von 1877.

Hamburg-Altona. Sonntag, den 26. Mai, morgens Punkt 10 Uhr: Hauptversammlung

in der Alsterburg, 1. Fehlandtrasse. Tagesordnung: 1. Halbjährliche Rechnungslegung. 2. Mitteilung über die am 11. August stattfindende Tour nach Lübeck. 3. Besprechung resp. Beschlußfassung über die im Winterhalbjahr abzuhaltenden Vergnügungen. 4. Verlesenes.

Der Vorstand. Am Donnerstage, dem 16. Mai findet eine Besprechung der Sänger statt, zu welcher das Erscheinen Pflicht eines jeden ist. [459]

Durch die Geschäftsstelle des Corr. ist zu beziehen: Unter Gewerbeterrin im Lchr. 13 Pf. Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Herausgegeben von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 30 Pf. Anleitung zur Verminderung der Arzneikosten bei den Krankenlassen von Dr. Bandmann. 60 Pf. Der französische Versuch. 60 Pf. Gutenberg's Erfindung. Festschrift in 1. Ute nebst Festprolog von A. Büniger. 25 Pf. Anleitung zum Illustrationsdruck von Fiedler. Obrecht. 1,20 M.

Für Bestellungen etc. Briefe sind zu adressieren: A. Gatz, Leipzig, Weimarstr. 38, Eisenbahnstr. 22. Sonstige Bestellungen: H. Gätz, Leipzig, A. Konstantin.